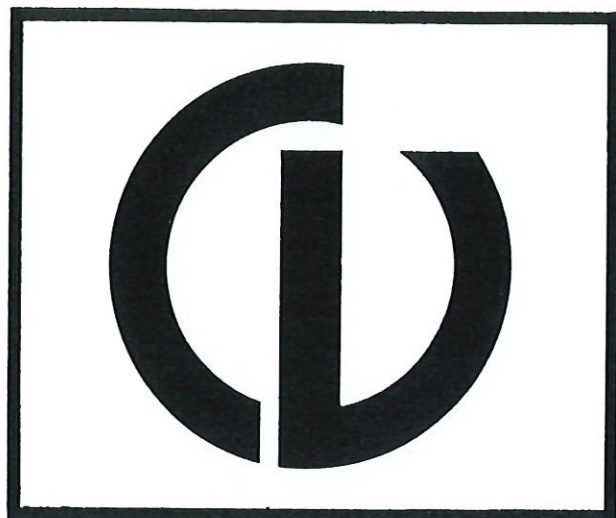




JAHRESBERICHT 1999/2000

**Verein der
Bayerischen
Chemischen
Industrie e. V.
VBCI**

**Verband der
Chemischen
Industrie e. V.
Landesverband
Bayern**

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33

Verbände sind allgemein Non-Profit-Organisationen (NPO), da nicht Gewinn, sondern eine möglichst effektive Interessenvertretung der Branche Ziel der Organisation ist.

Verbände sind in der letzten Zeit zunehmend ins Fadenkreuz der Kritik geraten. Fach- und Wirtschaftsverbände waren dabei meist nicht im Visier - die Kritik fokussierte sich auf die Arbeitgeber- und Tarifträger-Organisationen.

Die Tarifpolitik und insbesondere der Flächentarifvertrag wurden zunehmend mit Fragezeichen versehen. Die Dezentralisierung der Tarifpolitik sieht man als eine Lösungsmöglichkeit. Dabei spielen die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft sowie der beschleunigte technologische und strukturelle Wandel eine maßgebliche Rolle. Der verschärfte Wettbewerb zwingt zu flexiblen Anpassungen auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Gegenüber dem unbedingt notwendigen mobilen Denken und Agieren sei der Flächentarifvertrag - so die Kritiker - zu teuer und zu starr, deswegen müsse der Spielraum für betriebsindividuelle Gestaltungsmöglichkeiten wachsen.

Konstruktive Kritik ist immer förderlich - gerade die aufgelisteten Rahmenbedingungen und die hohe Konkurrenz im europäischen Binnenmarkt zwingen auch die Standesvertretungen, über Strukturen nachzudenken und Anpassungsprozesse im Sinne moderner Dienstleistungsorganisationen, wenn nötig, so rasch wie möglich zu realisieren. Allerdings wird meist eine Globalkritik geübt - am Staat, an der Politik und an den Verbänden. Und genau diese Verallgemeinerung ist falsch.

In der chemischen Industrie haben die Sozialpartner den Flächentarifvertrag schon mit einem Bündel von Flexibilisierungs- und Differenzierungs-Möglichkeiten modernisiert und die so oft geforderte Dezentralisierung in Richtung betrieblicher Entscheidungsmöglichkeiten realisiert. Öffnungsklauseln sowie Options- oder Korridorlösungen sind in der Chemie nicht visionäre Hüllen, sondern Tarifinhalt. Der mit Blick auf andere Nationen als vorbildlich dargestellte Konsens in der Tarifpolitik ist in der Chemie gelebte Wirklichkeit. Auf dem Erreichten aufbauend wird der Flächentarifvertrag weiter modernisiert werden - hier ist die Chemie in ihrer Vorreiterfunktion im Obligo.

Die Bayerischen Chemieverbände wollen moderne, den laufend wechselnden Notwendigkeiten sich anpassende Organisationen sein, die zeitgerecht, schnell und wirksam im konstruktiven Zusammenwirken von Ehren- und Hauptamt und durch das Einbringen von praxisorientiertem Know-how auf allen Ebenen agieren und die Rahmenbedingungen - neben den Tarifverträgen - möglichst zukunftsorientiert im Sinne der Mitgliedsunternehmungen gestalten. Die Verbesserung der Organisation, die Ausweitung und Qualifizierung des Service-Angebotes sowie der Beratungspraxis und die Intensivierung der „Corporate Identity“ müssen permanente Ziele der Verbände sein - dies ist ein ständiger Prozeß der selbstkritischen Bewertung und der nüchternen Bilanzierung des Erreichten im Sinne der Mitgliedsfirmen. Auch wenn die Bewertung von Verbandsleistungen nicht mit den gleichen Parametern wie in Unternehmen vorgenommen werden kann - das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Organisationen ist immer im Auge zu behalten.

Wenn also Verbandsarbeit nicht als Status quo verstanden und gelebt wird, sondern als aktiv zu gestaltendes Management von Dienstleistungen in einem sich ständig äußerst rasch wandelnden Umfeld, werden Verbände auch im bevorstehenden dritten Jahrtausend bestehen.

In den Tarifrunden der vergangenen Jahre fokussierten sich die Abschlüsse in den verschiedensten Branchen nur selten so sehr auf eine Zahl vor dem Komma wie heuer. Eine Ausnahme stellt der Bereich Bau und seine Zuliefererbranchen dar - dort droht allerdings ein gravierender Produktionsrückgang mit weiterem erheblichen Beschäftigungsabbau im sechsstelligen Bereich, obwohl sich die Zahl der Arbeitnehmer allein im Bauhauptgewerbe seit 1990 nahezu halbiert hat und jetzt nur noch 1,1 Millionen beträgt.

Die falsche Weichenstellung für die 99er Tarifrunde erfolgte im Bereich mit den meisten Arbeitnehmern schon im Herbst 98, als der Gesamtmetall-Präsident die Zahl 4 als die Prozentzahl nannte, die von der Branche als verkraftbare Größenordnung in Frage käme - ein fataler Fehler, der sich als nicht mehr korrigierbar erwies. Eine Zahl stand im Raum. Die Erläuterung, nämlich das Splitten in Entgelterhöhung und Beschäftigungs-Förderung und -Sicherung ging - das war prognostizierbar - völlig in der Berichterstattung unter.

Auch von maßgeblicher politischer Seite plädierte man nicht für eine Fortsetzung einer moderaten Tarifentwicklung. Das Gegenteil war der Fall. Das vom IG-Metall Vorsitzenden Zwickel geforderte „Ende der Bescheidenheit“ wurde von Herrn Lafontaine, Finanzminister a.D., noch unterstützt, indem er die Kaufkrafttheorie als Wundermittel gegen die hohe Arbeitslosigkeit und für einen Erholungsprozeß der Wirtschaft verkündete. Dabei war, ist und wird die Kaufkrafttheorie immer falsch sein. Die Nachfragewirkung der zusätzlichen Arbeitnehmer-Nettoverdienste ist relativ gering - den Unternehmen entstehen aber andererseits überproportionale Kostenbelastungen.

In diesem Umfeld wurde in der Schlichtung der Pilotabschluß für Metall in Böblingen erzielt - dem Chemie-Splitting-Modell des Vorjahres folgend vereinbarte man ein Ergebnis, das eine Prozentzahl mit Einmalzahlung und verlängerter Laufzeit kombinierte. Aber die Zahl 3 vor dem Komma war fixiert - und wurde in den folgenden Abschlüssen vom Öffentlichen Dienst, von Stahl, Versicherungen und praktisch allen anderen Bereichen quasi zementiert. Auch wenn Modifikationen vereinbart wurden, die Zahl dominierte die Berichterstattung über die Tarifereignisse.

Der Erwartungshorizont der IG BCE und ihrer Klientel war damit geprägt. Für die Chemie wurde in Nordrhein ein Pilotabschluß erzielt, der bei 13monatiger Laufzeit eine Pauschalzahlung von 200,— DM im ersten Monat für alle Arbeitnehmer vorsieht und für die restlichen 12 Monate die Entgelte um 3,0 % steigen läßt. Damit ist heuer ein Ergebnis - zwischenzeitlich von allen Tarifbezirken übernommen - erzielt worden, das zwar in seiner Struktur nicht als chemiespezifisch bezeichnet werden kann, aber die Belastung aus dem Abschluß im vertretbaren Bereich ansiedelt und unter Berücksichtigung der verlängerten Laufzeit unter der „magischen“ Zahl 3 liegt. Wichtig ist auch die in der Öffentlichkeit wenig beachtete Zielfestlegung, Verhandlungen über Tarifstrukturfragen aufzunehmen.

Der Gesellschafts- und Tarifpolitische Ausschuß (GTA) unter Vorsitz von Dr. Hans Seidl stimmte sich vor den Verhandlungen genauso wie der Sozial- und Personalpolitische Ausschuß (SPA) in einem breit angelegten Dialog über den Gesamtkomplex ab. Unter Vorsitz von Bernhard Gerstenberg bzw. ab 1999 von Hubert Friedmann tagte der SPA im übrigen regelmäßig, um sich über alle sozial-, arbeits- und tarifpolitischen Sachkomplexe offen und vertrauensvoll abzustimmen.

Konjunktur: Erwartungen enttäuscht

Nach einem Bilderbuchstart im 1. Quartal 1998 zwangen insbesondere weltwirtschaftliche Turbulenzen die bayerische Chemie auf Sinkflug, d.h. seit rund einem Jahr schrumpfender Umsatz und rückläufige Ertragsentwicklung.

Die Produktion in der bayerischen chemischen Industrie sank 1998 um 0,7 %, bundesweit um 1 %. Den Trend beim Umsatz zeigen die Quartalsergebnisse: Während von Januar bis März noch plus 6,8 % zu Buche standen, sank der Umsatz im 2. Quartal schon um 2,8 % unter Vorjahreswert, im 3. Quartal um 3,4 % und im 4. Quartal schließlich um 5,7 %. Der Jahresumsatz 1998 lag damit in Bayern um 1,3 % unter Vorjahresniveau (Bund minus 1 %).

Besonders betroffen von der Eintrübung des weltwirtschaftlichen Umfeldes waren die exportstarken chemischen Erzeugnisse (knapp 70 % Exportanteil), die nach einem Umsatzplus von 10 % im 1. Quartal bei ausgeglichenem 2. Quartal im 3. Quartal über 12 % und schließlich im 4. Quartal über 22 % Minus gegenüber dem Vorjahresergebnis zu verzeichnen hatten.

Chemiefasern - sie bilden innerhalb Deutschlands einen Produktionsschwerpunkt in Bayern - verloren, allerdings gleichmäßig über das gesamte Jahr verteilt, 4,4 % beim Umsatz, ihr Exportanteil sank auf 63 %. Das Vorjahresniveau mit knapp 3,7 Mrd. DM Umsatz halten konnte die pharmazeutische Industrie. Positive Beiträge zur Umsatzentwicklung leisteten u.a. anorganische Grundstoffe und Chemikalien, die entgegen dem Trend in der 2. Jahreshälfte zulegen konnten, sowie Kunststoffe.

Bei der Beschäftigtenzahl zeigte sich seit Jahren wieder ein positiver Trend: Die Mitarbeiterzahl stieg im Jahresmittel um 0,2 % auf rund 60.000 zum Jahresende. Einem Rückgang im 1. Halbjahr um 0,5 % stand hierbei eine Erhöhung um 0,9 % im 2. Halbjahr gegenüber.

Der Start der Chemie in das Jahr 1999 fiel schwach aus: Im 1. Quartal ging der Umsatz in der bayerischen Chemie gegenüber dem Vorjahreswert um 11 % zurück, der Auslandsumsatz verringerte sich gar um 15 %. Dies zeigt auch erste Auswirkungen auf die Beschäftigungslage mit minus 0,6 %. Besonders signifikant zeigen sich Umsatzrückgänge bei Kunststoffen in Primärform mit minus 19 % und bei sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien mit minus 8 %. Auch die pharmazeutischen Spezialitäten scheinen in diesem Jahr von der negativen Entwicklung betroffen, sie verloren rund 6 % vom Umsatz. Bundesweit lag der Produktionsindex der chemischen Industrie im 1. Quartal 1999 um 2 % unter dem Vorjahreswert. Erste Einschätzungen der Firmen für die Monate April und Mai deuten darauf hin, daß die Produktion zunächst auf niedrigem Niveau verbleibt. Die konjunkturelle Lage der wesentlichen Abnehmerbranchen in Deutschland scheint nach wie vor schwierig, und vom Ausland gehen widersprüchliche Signale aus. Politische Entscheidungen, so die Einführung einer Ökosteuer und die sogenannte Steuerreform (Entlastung zwischen 1999 und 2002: 34 Mrd. DM / Belastung: 63 Mrd. DM), aber auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verschlechtern in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld die Finanzkraft der Unternehmen weiter. Der Vorstand unter Vorsitz von Prof. Dr. Wilhelm Simson hat sich deshalb in vielfältigen Kontakten mit Vertretern der Staatsregierung, der Parlamente und der Verwaltung für Kurskorrekturen und Verbesserungen eingesetzt.

„Incentives of Bavaria“ sagt man, wenn man in Übersee den bayerischen Weg zur Substitution von ordnungsrechtlichen Vorgaben durch im Ergebnis gleichwertige eigenverantwortliche Maßnahmen beschreibt, ein Weg, der international viel Anerkennung gefunden hat.

Umgesetzt wird damit eine Vereinbarung aus dem Umweltpakt, wonach der Staat die Firmen, die ein Umweltmanagement-System nach EMAS einführen, gleichwertig zur übernommenen Eigenverantwortung entlasten will. Für das Genehmigungsverfahren werden derzeit in realen BlmSchG-Verfahren in einem Pilotprojekt unter Beteiligung der zuständigen Behörden Substitutionsmöglichkeiten von Ordnungsrecht, im nationalen sowie EU-Recht (IVU, UVP, Seveso-II), untersucht. Erfahrungen aus dem früheren Projekt zur Substitution von Melde-, Dokumentations-, Kontroll- und Überwachungspflichten haben mittlerweile an verschiedenen Stellen Eingang in den bayerischen Verwaltungsvollzug gefunden - so zuletzt in Form der „strukturierten EMAS-Datensammlung“, die der Umsetzung der Substitution in der neuen Vollzugsbekanntmachung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz dient.

Parallel dazu hat die „Projektgruppe Deregulierung in der Gewerbeaufsicht“ unter maßgeblicher Beteiligung der Bayerischen Chemieverbände nach einem Dutzend Arbeitstagen ihre umfangreiche Vorschlagsliste zur Vereinfachung und Deregulierung vorläufig abgeschlossen. Ihre Umsetzung müßte wieder zu einer Reihe von Erleichterungen für die betroffenen Firmen führen.

Um zu Vereinfachungen und zu einer Verbesserung der Standortsituation in Bayern zu kommen, ist ein entsprechender politischer Wille unabdingbar. Gleich wichtig ist ein umfassendes Engagement der Experten aus den Mitgliedsfirmen, um das Praxis-Know-how bei der Ausarbeitung von Vorschlägen einbringen zu können. So waren im Berichtszeitraum dreizehn Zusammenkünfte des Expertenkreises erforderlich.

Die Koordinierung dieser Aktivitäten erfolgt durch den „Arbeitskreis Umweltfragen“ unter Leitung von Dr.-Ing. Ernst Sommer. Dort werden auch die Verbandsüberlegungen zu einer Fortsetzung des Umweltpaktes gebündelt.

Der „Arbeitskreis Energiepolitik“ unter Leitung von Horst Gehrcke machte es sich zur Aufgabe, die Vorteile der europäischen Strommarktiliberalisierung auch den kleinen und mittleren Verbandsmitgliedsfirmen zu erschließen.

Im Februar 1999 wurde in einer Informationsveranstaltung über Möglichkeiten der Nachfragebündelung sowie über Varianten in den Strombezugsverträgen informiert. Klar definiertes Ziel war, günstigere Strombezugpreise zu erreichen. Mittlerweile wurde dem Verband von der Gründung mehrerer Stromeinkaufsringe berichtet; die beteiligten Firmen beziehen kostengünstiger Strom, die Verbandsinitiative war erfolgreich.

Der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie unter Leitung von Dipl.-Bw. Werner Sassenrath gründete eine Aktionsgemeinschaft bayerischer Pharmaunternehmer mit dem Ziel, durch zusätzliche Aktivitäten die politische Wirksamkeit zu verstärken und den Erfahrungsaustausch zwischen den Firmen zu fördern.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie führte unter Leitung von Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche ihre traditionellen Lackstammtische sowie die technischen Stammtische fort. Dabei wurden u.a. innovative technische Möglichkeiten im Bereich der Lackherstellung präsentiert.

Das langfristige Gedeihen, ja Überleben unserer Industrie, ist heute mehr denn je abhängig von ihrer Innovationskraft, d.h. von ihrer Fähigkeit, ständig neue oder bessere Produkte und Problemlösungen hervorzubringen und im globalen Wettbewerb zu vermarkten. Zwar war man sich in der Chemie als einer auf Wissenschaft basierenden Industrie schon immer der Bedeutung von Forschung und Entwicklung für den Fortschritt der Branche bewußt. Der Zugang zu und die Übernahme von Erkenntnissen universitärer Forschung stimulierten oder ergänzten die eigenen Forschungsanstrengungen. Daneben beruht in den Unternehmen vieles, was in der Formulierungstechnik geschieht, immer noch auf Erfahrungswerten.

Der globale Wettbewerb mit seinen beschleunigten Veränderungszyklen erfordert eine rasche und kontinuierliche Anpassung. Schneller und umfassender sollten durch eine enge Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft Erkenntnisse aus der Forschung in innovative Produkte umgesetzt werden. Mit den hervorragenden universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben wir in Bayern einen qualitativen Standortvorteil, den wir konsequent nutzen wollen.

Wir sehen einen Schwerpunkt der Verbandsarbeit darin, die Beziehungen zwischen Wissenschaft, Forschung und chemischer Industrie zu intensivieren. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen wollen wir motivieren, diese Möglichkeiten zu nutzen, und ihnen Zugang zu Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Universitäten eröffnen. Dieser Zugang könnte bei den Firmen auch erhebliche bauliche und apparative Investitionen erübrigen und personellen Aufwand begrenzen helfen. Häufig sehen sich gerade mittelständische Unternehmen gezwungen, wettbewerbsbewährte Verfahren und Produkte an neue Markterfordernisse anzupassen oder auch neuen gesetzlichen Normen zu entsprechen. Schon 1995 sind wir mit der Know-how-Börse entsprechend aktiv geworden, in deren Folge es zu fruchtbarer Zusammenarbeit gekommen ist, wie uns bis heute bestätigt wird.

Der Arbeitskreis Forschung - Bio- und Gentechnik, Katalyse unter Vorsitz von Dr. Rudolf Staudigl arbeitet daran, die Rahmenbedingungen sowohl für die Firmenforschung als auch für die Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen zu verbessern. Themen aus dem Bereich der Grundlagenforschung, die für unsere Mitgliedsfirmen interessant sind, werden derzeit gesammelt und geordnet. Sie sollen interessierten Hochschullehrern eine Orientierungshilfe geben. Die Bayerischen Chemieverbände haben ihre Veranstaltungsreihe „Forscher werden Unternehmer“ fortgesetzt, mit der junge Wissenschaftler bayerischer Universitäten aus den Bereichen Chemie und Biologie zur Selbständigkeit angeregt werden sollen. Unsere Aufmerksamkeit gilt auch den jungen Biotech-Unternehmen in Bayern, denen eine Mitgliedschaft zu besonders günstigen Bedingungen offensteht. Nicht zuletzt wollen wir an der von Ministerpräsident Dr. Stoiber initiierten High-tech-Offensive mitwirken und teilhaben.

Weil alle Anstrengungen für eine rasche Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse nur dann sinnvoll sind, wenn sie von der Öffentlichkeit akzeptiert werden, bemühen wir uns, verständlich und unpolemisch zu informieren. Der Einsatz des vom Verband und einigen Mitgliedsfirmen mitinitiierten und mitgetragenen „BioTech mobil“ wurde um ein Jahr bis Ende 1999 ausgedehnt.

Gesetze zur Förderung der Beschäftigung?

Aufbruch und Erneuerung hat sich die neue Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung zum Motto, die Stärkung der Wirtschaft, das Schaffen von Arbeitsplätzen und die Sicherung des Sozialstaates zum Ziel gemacht. Das bisherige Ergebnis ist Gesetzes-Chaos. Die Bevölkerung wurde mit völlig unverständlichen und nicht praktikablen Vorschriften konfrontiert. Durch das "Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte" sind geschaffene Freiräume wieder eingeengt worden und neue finanzielle Belastungen für die Firmen entstanden.

Die Welle der Empörung wird von denen getragen, die von der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung und der sogenannten Scheinselbstständigkeit unmittelbar betroffen sind: Von den Beschäftigten! Die in § 7 IV SGB IV neu geschaffenen Kriterien, die im Zweifelsfall die gesetzliche Vermutung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung begründen, beziehen überwiegend die in den "Schutz" eines Sozialsystems ein, die diesen Preis gerade nicht zu zahlen bereit sind.

Gleiches gilt für die grundlegend veränderte, ehemals in sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht klare und praktikable Regelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Um die leeren Kassen der Kranken- und Rentenversicherung zu füllen, wurde grundsätzlich eine arbeitgeberseitige pauschale Beitragspflicht in Höhe von 10 % bei der Krankenversicherung und 12 % bei der Rentenversicherung festgelegt, ohne allerdings hierdurch Leistungsansprüche der geringfügig Beschäftigten zu begründen. Gewissermaßen "kompensierend" ist die Erhebung der vom Arbeitgeber bislang zu tragenden pauschalen Lohnsteuer weggefallen, mit der Folge, daß die Einkünfte der meisten 630,-- DM-Arbeitsverhältnisse nunmehr für den Arbeitnehmer steuerpflichtig werden. Als Reaktion ist jetzt schon vorhersehbar, daß viele geringfügig Beschäftigte ihre Tätigkeit aufgeben oder in die Schwarzarbeit abtauchen werden. Die darüber hinaus schwer durchschaubaren und damit praxisuntauglichen Abweichungen und Ausnahmen lassen die für den Arbeitsmarkt dringend gebotene Flexibilisierung völlig vermissen.

Auch die im Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 enthaltene Absenkung der Steuerfreibeträge bei Abfindungen um ein Drittel, die neue, schwer rechenbare Fünftelungsregelung bei der Behandlung außerordentlicher Einkünfte und die Streichung der Steuerfreiheit bei Jubiläumszuwendungen sind Maßnahmen, die der Akzeptanz der neuen Steuergesetzgebung nicht gerade förderlich sind. Die Einbeziehung der vom Arbeitnehmer übernommenen Pauschalsteuer in die steuer- und sozialversicherungsrechtliche Bemessungsgrundlage konterkariert geradezu die Bemühungen des Chemie-Tarifvertrags über vermögenswirksame Leistungen und Altersvorsorge, eine dritte Säule der Alterssicherung durch Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer zu initiieren und auch steuerlich ansprechend zu gestalten.

Durch das Entlassungsentschädigungs-Änderungsgesetz wurde zwar die allgemeine Anrechnungsregelung von Abfindungen auf das hälftige Arbeitslosengeld aufgehoben, die gleichzeitig wieder eingeführte Vorschrift über die Erstattungspflicht des Arbeitgebers bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses älterer Arbeitnehmer (§ 128 AFG a.F.) ist aber nicht arbeitsmarktorientiert und kostenintensiv.

Vor kurzem fand das weltweit beachtete St. Galler Management-Symposium statt. Eine zentrale These betraf das Human-Kapital. Im Informations- und Wissenszeitalter sei - so ein Fazit des Symposiums - die Fähigkeit, schneller und besser zu lernen als die Konkurrenz, künftig der einzig dauerhafte Wettbewerbsvorteil. Qualifizierung und Pflege der wertvollen Human-Ressourcen würden immer wichtigere Führungsinstrumente der Zukunft. Nur durch aufgeschlossene, aufnahmefähige, schnell-lernende und stets neugierige Menschen würden sich Innovationen erzielen und künftig jene Produkt-Service-Kombinationen verkaufen lassen, die helfen, erfolgreicher zu werden.

Die Bayerischen Chemieverbände haben dieser Erkenntnis im Berichtszeitraum schon Rechnung getragen und ihr Informations- und Weiterbildungsangebot erweitert.

Neben den zwischenzeitlich über 40 Jahren existenten Meistertreffen, die sich nach wie vor einer regen Nachfrage erfreuen, neben den bewährten Personalleiterkreisen, neben den viertägigen Seminaren für Mitarbeiter im Personalwesen und den Schulungen für betriebliche Führungskräfte wurden eigene, teils mehrtägige Informationsveranstaltungen zu den Komplexen „Betriebliche Altersvorsorge“, „Vorbereitung der Kündigung“, „Kündigungsrecht“, „Transfer-Sozialplan“, „Jahr-2000-Problematik“ und „Gesetzliche Neuregelungen“ durchgeführt. Aktuelle, fundierte und praxisorientierte Information steht im Vordergrund - der bei allen Zusammenkünften in aller Offenheit geführte Erfahrungsaustausch ist aber sowohl für die jeweiligen Teilnehmer wie auch für die Geschäftsführung ebenfalls eine ganz wichtige Komponente.

Stellvertretend für externe Veranstaltungen seien die Bio-Business-Veranstaltungen zur Thematik „Unternehmensgründungen“ an den Universitäten München, Regensburg und Würzburg mit jeweils 150 Personen im Schnitt genannt, der Lehrerkongreß in Augsburg mit über 600 Teilnehmern sowie die Info-Veranstaltungen zur Strommarktl liberalisierung (70 Personen) und zur Verpackungsverordnung (60 Personen).

Ein umfangreicher Gedankenaustausch fand einmal im Rahmen der traditionellen Parlamentarier-Gespräche mit den fast vollzähligen CSU-Mitgliedern der Arbeitskreise Umwelt und Wirtschaft des Landtags statt - außerdem mit Mitgliedern des Arbeitskreises Wirtschaft der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Feedback für Argumentation und Anliegen sind dabei die Zusammenkünfte des Vorstands und der wirtschaftspolitischen Gremien unter Vorsitz von Professor Dr. Wilhelm Simson.

Im Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit“ unter Vorsitz von Dr. Jürgen Kammer befaßte man sich unter anderem mit der Nutzung des Argumentatoriums „Arbeitsplatz Deutschland - Fragen, Fakten und Zusammenhänge“ bei Firmenveranstaltungen und der PR-Arbeit im Umfeld der Werke.

Der Datenkranz des Argumentatoriums soll aktualisiert werden.

Im Berichtszeitraum wurden den Mitgliedern auch wieder Arbeitshilfen für die Tätigkeit vor Ort zur Verfügung gestellt, so die Rechtsprechungsübersichten zum Betriebsverfassungsgesetz '72 und zum Betriebsrentengesetz.

Ab Juli 1999 wird eine aktuelle Mitteilung über maßgebliche arbeits-, sozial- und tarifpolitische Komplexe durch einen neuen Fax-Kurzinformationsdienst sichergestellt, der den Rundschreibendienst ergänzen soll.

Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)

Ekkehard Maurer, Icking
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und LV-VCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Assessor Albert Franz, Obernburg
Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Klaus von Lindeiner, München
Dipl.-Bw. Werner Sassenrath,
Oberschleißheim

Dr. Hans Seidl, Pullach
Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen
Dr. Werner Wäble, Penzberg (bis Febr. 98)

Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Hans Seidl, Pullach (Vorsitzender)

Alfred Bach, München
Dr. Ulrich Graeser, Neustadt (bis Dez. 97)
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt
Wil Ernst Huth, Starnberg

Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen
(bis Dez. 98)
Gerd Keller, Burghausen (bis März 99)
Dr. Hartmut Last, Bobingen

Beirat (LV-VCI)

Dr. Heiko Böhme, Geretsried
Karl G. Engels, München
Günter Frankenne, Nürnberg (bis Dez. 98)
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach
Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen
(bis Dez. 98)
Dr. Hartmut Last, Bobingen

Franz Miller, Augsburg
Dr. Germán Paul, München
Dr. Robert Römer, Burghausen
Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen
Dr. Rudolf Staudigl, München
Dr. Peter-Alexander Wacker, München

Wirtschaftspolitischer Ausschuß (VBCI)

Alfred Bach, München
Dr. Dietrich Buntrock, München (bis Mai 98)
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt,
Regensburg
Dr. Peter Ehrentraut, Neu-Ulm
Horst Gehrcke, Vohburg
Dipl.-Ing. Hans Heß, Nürnberg

Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München
Dipl.-Kfm. Dieter Poech, Trostberg
Dr. Michael Rosenthal, München
Wolfgang Schumann, Geretsried
Franz Wrede, Ismaning (bis Jan. 98)
Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel,
Ismaning

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß (VBCI)

Bernhard Gerstenberg, München (Vorsitzender bis Dez. 98)

Hubert Friedmann, Penzberg (Vorsitzender ab Jan. 99 - interimistisch)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf

Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen
(bis Dez. 98)

Uwe Dittrich, Töging

Günther Eppig, Obernburg (bis Juni 98)

Dipl.-Kfm. Anton Graf Esterházy, München
(bis Dez. 97)

Reinhard Franetzki, Gersthofen

RA Gerhard Grassl, München (bis Jan. 98)

Ronald Hönsch, Trostberg

Assessor Hermann Kahlich, München

Hans-Dieter Klingspon, München

Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach

Guido Malzkorn, München

Jochen Müller, Hallstadt

Mario Ott, Ingolstadt (bis März 99)

Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Höllriegelskreuth

Dr. Erich Reich, Kirchheim

Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen

Martin Reil, Neustadt

Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg

Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München

Lutz Steinmetz, Neu-Ulm

Dipl.-Bw. Hermann Straßer, Burghausen
(bis Dez. 97)

Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg

Hajo Timpke, Ismaning

RA Jörg von Uckermann, München

Jürgen Uhrhan, Burghausen

Assessor Walter Vogg, München

Ältestenrat (VBCI) Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München

Carl Hans Dürschmidt, Kitzbühel

Dr. Friedhelm Finke, Icking

Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein, Prien

Dr. Helmut Gruber, Burghausen

Dr. Hans Georg Haas, Harthaus

Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth

Dr. Werner Kalb, München

Dr. Emil Kinzinger, Neusäß

Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald

Dr. Friedrich Lambert, Obernburg

Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg

Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg

Dr. Walter Ringer, Lenggries

Dr. Oskar Roscher, Burghausen

Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking

Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg

Dr. Albert Thalsofer, Neusäß

Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Dr. Günter Weiland, München

Arbeitskreise / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Michael Wieser, Burghausen

Umweltfragen (LV-VCI) Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen

Energiepolitik (LV-VCI) Horst Gehrcke, Vohburg

Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI) Dr. Jürgen F. Kammer, München

Kunststoff-Recycling (LV-VCI) Dr. Werner Frey, Ismaning

Nachwachsende Rohstoffe (LV-VCI) Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen

Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI) Dr. Werner Wäble, Penzberg
(bis Febr. 98), Dr. Rudolf Staudigl, München (ab Juli 98)

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim

Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):

Assessor Helmut Köhnlein

Franz Xaver Völkl

Geschäftsführer (LV-VCI):

Dr. rer. nat. Josef L. Geller

Referenten (VBCI):

Assessorin Christiane Hönig-Achhammer

Assessor Holger Kaiser

Assessor Stefan Mößner

Robert Schuder